

dlh – Nachrichten aus dem Personalrat – Ausgabe 6

*Erstellung der PR-Nachrichten durch die dlh-Fraktion im Hauptpersonalrat
Schule / Stand: 23.01.2026*

1) Kürzungen im Bereich der Lehrkräfteakademie/Studienseminares: Änderung des Ausbildungsfaktors ab dem 01.02.2026

Mit der Kürzung des Ausbildungsfaktors zum 01.02.2026 von 4,9 auf 4,3 musste nach dem Ende der Erörterung im HPRS leider bereits ab Weihnachten ganz konkret gerechnet werden. In den vergangenen Wochen waren Verbände und Personalräte aus den verschiedenen Bereichen sehr aktiv gewesen, und haben die Argumente zusammengetragen und vorgebracht, warum eine Kürzung nicht nur falsch ist, sondern im Gegenteil sogar eine Anhebung über die 4,9 hinaus zielführend wäre. Im Rahmen eines Familienfests am 29.11.2025 in Wiesbaden wurde noch einmal deutlich gemacht, dass die Proteste gegen Kürzungen im Bereich der Ausbildung nicht verstummen werden, zumal in nächster Zeit mit der Verkürzung des Vorbereitungsdienstes von 21 auf 18 Monate zu rechnen ist. Auch hier bleibt festzuhalten, dass alleine der Hinweis darauf, dass andere Bundesländer in der Regel mittlerweile bei dieser Ausbildungsdauer angekommen sind, kein Argument sein kann. Die Qualität der Ausbildung ist die entscheidende Größe, die im Mittelpunkt stehen muss. Wann diese Maßnahme umgesetzt wird, ist noch offen. Zu hoffen ist, dass die schon zum Teil seit mehreren Jahren ausstehenden (Zwischen-) Beförderungen an den Studienseminares nach A14 und A15 endlich vorgenommen werden.

2) Neue Richtlinien für das Lebensarbeitzeitkonto für Lehr- und UBUS-Kräfte

Bereits im Herbst 2025 bestand im Rahmen eines externen Beteiligungsverfahrens die Möglichkeit, eine Stellungnahme zur geplanten Neufassung abzugeben. Zwei Aspekte galt es von dlh-Seite aus anzuregen: Zum einen den Umgang mit LAK-Guthaben von Lehrerinnen und Lehrern sowie UBUS-Kräften, welche z.B. im Frühjahr oder Sommer eines Jahres erfahren, dass ihr Wunsch eines Wechsels im Rahmen des Ländertauschverfahrens genehmigt wurde. Selbst mit guter Planung war bislang ein solches Szenario nicht dergestalt abzubilden, dass das Guthaben restlos aufgebraucht werden konnte. Und somit mit dem Wechsel verfiel, weil es nicht ausgezahlt werden durfte. Ein weiteres Problem stellte sich bei Guthaben, welches mit Blick auf den Ruhestand als Rest nicht mehr genutzt werden konnte. Statt auf ausschließlicher Nutzung über ein Schulhalbjahr zu beharren, sollte die Verwendung von (Rest-)Guthaben auch kurzfristig möglich sein, z.B. durch Freistellung einige Tage oder Wochen vor dem Ruhestand. Bislang scheint es diese pragmatische Lösung auch in einigen Schulamtsbezirken gegeben zu haben. Die Ausfertigung der neuen Richtlinien ist dann für Anfang 2026 zu erwarten.

3) KI-Chatbot Telli seit dem 01.10.2025 verfügbar

Die Entwicklung von „Telli“ liegt wohl hauptsächlich darin begründet, dass die bekannten und weitverbreiteten Konkurrenten am Markt wie ChatGPT oder Gemini datenschutzrechtlich bedenklich sind. Die Anbieter wie OpenAI oder Alphabet speichern die Nutzereingaben, und werten diese aus. Persönlichkeitsrechte und Daten von Schülerinnen und Schülern wie auch von Lehrkräften sind somit nicht geschützt. Telli als Eigenentwicklung der Länder, in Auftrag gegeben beim FWU, sorgt dafür, dass die Daten nicht für das Training von ChatGPT bsp. genutzt werden. Die Vorteile von Telli liegen auf der Hand: Man kann beispielsweise fiktive

Gesprächspartner anlegen, und somit Unterrichtsgeschehen simulieren. Auch ist sicher und rechtskonform, Unterlagen aus dem Unterricht hochzuladen, und diese der KI zur Verfügung zu stellen. Auf der anderen Seite ist weiterhin davon auszugehen, dass zumindest Schülerinnen und Schüler private Angebote, z.B. für die Erstellung von Hausaufgaben, nutzen werden. Auch kann Tello (noch) nicht im Internet nach Quellen suchen. Grundsätzlich bleibt das Problem des Halluzinierens der KI, und dass unbekannt ist, wie die KI trainiert wird. Ob die Verpflichtung zur Belegung einer Einführung in das Programm sinnvoll ist, kann man diskutieren.

4) Digitalisierung

Seit Jahren ist der Zugang zu PPB für die Gesamtpersonalräte ein Thema, wozu vor Ort bislang kein einheitliches Bild existiert. Mehrere GPRS wünschen den Zugang, um auch Einblick in die Versorgungslisten nehmen zu können, um über die Fachbedarfe informiert zu sein. Da eine Ausdruckfunktion nicht mehr existiert, sind diese Informationen ausschließlich digital verfügbar. Als Vorteil kann wiederum gesehen werden, dass die Informationen zeitlich immer auf dem neuesten Stand sind, sofern diese eingepflegt wurden.

Beim Reisekostenportal ibt es anscheinend zumindest vereinzelt Probleme beim Anlegen von Reisekosten, da bei einigen Nutzerinnen und Nutzern die Kopierfunktion nicht angezeigt wird, was die Bearbeitung deutlich erschwert.

5) iLA/diSAF

diSAF steht als Abkürzung für „Diagnostik und Sonderpädagogische Abklärung im Förderschwerpunkt“. Das Verfahren dient dazu, den individuellen Förderbedarf eines Kindes durch ein Gutachten zu ermitteln. diSAF wurde vor ca. 2 Jahren gestartet. iLA knüpft an diSAF an (Referat IV.1.3. Digitalisierung und LUSD), ist aber noch kein fertiges Produkt. Die Staatlichen Schulämter fragten im Vorfeld zum Beginn Pilotphase am 01.02.2026 Schulen hinsichtlich der Bereitschaft ab, bei dem Projekt mitzuwirken. Ziel war es, 50 Schulen dafür zu gewinnen. In der ersten Stufe ist die Anwendung auf Grundschulen beschränkt, und beschränkt sich auf die Förderbedarfe Rechnen, Schreiben und Lesen. In weiteren Schritten könnte iLA dann auf alle Schulformen ausgerollt werden, mit dem Ziel, die Förderplanarbeit mittels Digitalisierung zu entlasten. Laut Auskunft des Ministeriums gibt es bislang (nur) positive Rückmeldung.

6) Ministergespräch am 04.12.2025 im HPRS

Wie jedes Jahr gab es im Dezember 2025 im HPRS ein Ministergespräch. Im Vorfeld hatten sich die Fraktionen gut vorbereitet, und jeweils für sich mögliche Fragen formuliert, die dann mit dem Gremium abgesprochen vorgebracht wurden. Der dlh hatte sich dementsprechend ebenfalls im Vorfeld mit der Vorbereitung befasst, und in einer Eingabe Anregungen hierzu gegeben. U.a. waren Themenwünsche die Digitalisierung (u.a. Weiterführung des Digitalpakts), Arbeitsbedingungen (u.a. Hitzeaktionsplan), Schulorganisation (Reduzierung der konzeptionellen Arbeit wie die Erstellung von Medienkonzepten), Ausbildung (Beibehaltung des Vorbereitungsdienstes in der bisherigen Form), und Unterricht (Entlastung der Kolleginnen und Kollegen im Zeitfenster der Abiturprüfungen).